

Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt

für den Amtsbezirk

evangelisch-lutherischen Landeskirchenamts
in Kiel.

Stück 7.

Kiel, den 1. April

1925.

Inhalt: 64. Urlaub des Präsidenten des Landeskirchenamts. — 65. Kirchensammlung für die Diaconissenanstalten. — 66. Steuerzinsverordnung. — 67. Erhebung der Kirchensteuern 1925. — 68. Kirchensteuerpflicht der Mitglieder apostolischer Gemeinden. — 69. Flugblatt betr. Syrisches Waisenhaus in Jerusalem. — 70. Berichtigung. — 71. Zuschüsse an Kirchengemeinden. — 72. Kollektenerträge 1924. — Personalien.

Hierzu 1 Beilage.

Nr. 64. Urlaub des Präsidenten des Landeskirchenamts, Wirklichen Geheimen Oberkonsistorialrat D. Dr. Müller.

Kiel, den 30. März 1925.

Vom 1. April d. Js. ab bis zu meiner zum 1. Juli d. Js. erfolgenden Versetzung in den Ruhestand werde ich beurlaubt sein. Die für mich bestimmten amtlichen Schreiben bitte ich an meinen Stellvertreter, Vizepräsident D. Dr. Freiherr von Heinke, oder an das Landeskirchenamt zu richten.

Der Präsident des Landeskirchenamts.

Nr. Pr. 64.

D. Dr. Müller.

Nr. 65. Kirchensammlung für die Diaconissenanstalten in Altona und Flensburg.

Kiel, den 21. März 1925.

Unter Hinweis auf unsere Bekanntmachung vom 13. Februar 1923 — Kirchl. Ges. u. B.: Bl. S. 28 — bringen wir den Herren Geistlichen hiermit in Erinnerung, daß am Ostersonntag (12. April) d. J. oder, falls dieser Tag in den einzelnen Kirchengemeinden herkömmlich schon für eine andere Kirchensammlung bestimmt sein sollte, am 2. Ostertage bzw. an dem nächsten kollektionsfreien Sonntag in allen Kirchen unseres Aufsichtsbezirks bei allen an diesem Tage stattfindenden Gottesdiensten eine Kirchensammlung zum Besten der beiden Diaconissenanstalten Altona und Flensburg abzuhalten ist.

Wir ersuchen die Herren Geistlichen, die Sammlung nach besten Kräften zu fördern und in einer ihr vorhergehenden Abkündigung von der Kanzel warm zu empfehlen.

Der Ertrag der Kollekte ist zwischen beiden Anstalten zu teilen und von den Herren Bröpsten (Landessuperintendent) dementsprechend innerhalb der vorgeschriebenen Frist von 3 Wochen unter gleichzeitiger Einreichung der Nachweisung an uns je zur Hälfte an die evangelisch-lutherischen Diaconissenanstalten in Altona und Flensburg auf deren Konten bei der Vereinsbank in Hamburg, Filiale Altona, bzw. bei der Spar- und Leihkasse in Flensburg Nr. 646 abzuführen.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. C. 1016.

D. Dr. Müller.

Nr. 66. Steuerzinsverordnung.

Verordnung zur Änderung der Steuerzinsverordnung.

Vom 4. Februar 1925.

Auf Grund des Artikel XVIII § 2 der Zweiten Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 1205) wird folgendes bestimmt:

Artikel I.

Die Steuerzinsverordnung vom 6. März 1924 (RGBl. I S. 170) wird wie folgt geändert:

Es werden ersetzt

1. im § 1 die Worte: „achtzehn vom Hundert“ durch die Worte: „zwölf vom Hundert“,
2. im § 2 die Worte: „zwölf vom Hundert“ durch die Worte: „neun vom Hundert“,
3. im § 3:
 - a) im Absatz 2 Satz 1 die Worte: „zwölf vom Hundert“ durch die Worte: „neun vom Hundert“,
 - b) im Absatz 3 die Worte: „zwölf vom Hundert“ durch die Worte: „neun vom Hundert“.

Artikel II.

- (1) Diese Verordnung tritt mit dem 1. Februar 1925 in Kraft.

(2) Für die Zeit vom 1. Februar 1925 ab findet der im Artikel I Nr. 1 bestimmte Zinsfuß auch bei Verzugszinsen von solchen Beträgen Anwendung, die vor dem 1. Februar 1925 fällig geworden sind.

(3) Ist vor dem 1. Februar 1925 durch Gesetz oder durch Verfügung einer Finanzbehörde Zahlungsausschub oder Stundung zu einem Zinsfuß von mehr als neun vom Hundert jährlich bewilligt worden, so beträgt für die Zeit vom 1. Februar 1925 ab der Zinsfuß neun vom Hundert jährlich.

Berlin, den 4. Februar 1925.

Der Reichsminister der Finanzen.

J. B.: gez. Popitz.

Kiel, den 24. März 1925.

Bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung vom 31. Mai 1924 — Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. S. 244 f. — bringen wir vorstehende Verordnung zur Änderung der Steuerzinsordnung vom 4. Februar 1925 zur allgemeinen Kenntnis.

Wir bemerken hierzu, daß diese Verordnung bei der Berechnung von Verzugszinsen für verspätet eingezahlte Kirchensteuerbeträge (siehe auch unsere Bekanntmachung betreffend Kirchensteuern für 1925 vom 3. März 1925 in Stück 6 des Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. S. 87 über entsprechende Anwendung des § 104 der Reichsabgabenverordnung bei Verzinsung nicht rechtzeitig entrichteter Steuerbeträge) sinngemäß anzuwenden ist.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

In Vertretung:

Nr. C. 1024.

D. Dr. Freiherr von Heinke.

Nr. 67. Anweisung betreffend Erhebung der Kirchensteuern 1925.

Kiel, den 26. März 1925.

Bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung vom 3. März 1925 — Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. S. 82 ff. — bringen wir, nachdem der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in seinem Erlaß vom 2. März 1925 — G I 438 G II — die näheren Anweisungen hinsichtlich der Ausführung des durch die anfangs genannte Bekanntmachung veröffentlichten Reichsfinanzministerialerlasses vom 18. Februar $\frac{\text{III C. 2 190}}{\text{III B. 233}}$ erlassen hat, folgendes für die Erhebung der Kirchensteuer für 1925 in den Kirchengemeinden und Gemeindeverbänden unseres Aufsichtsbezirks zur allgemeinen Kenntnis:

Soweit die Kirchensteuer in den Kirchengemeinden und Gemeindeverbänden nach Maßgabe der Einkommensteuer erhoben wird, geschieht dies im Rechnungsjahre 1925 (1. April 1925 bis 31. März 1926) nach folgender Anweisung:

1. Die Erhebung erfolgt in der Form von Zuschlägen zu den im Verlaufe des Rechnungsjahres 1925 auf die Reichseinkommensteuer zu leistenden Vorauszahlungen und zu den vom Reichsminister der Finanzen in seinem Erlaß vom 18. Februar 1925 festgesetzten Pauschbeträgen (siehe unsere Bekanntmachung vom 3. März 1925 — Kirchl. Gef.- u. V.-Bl. S. 82 ff.). Daneben können Zuschläge zu den im Verlaufe des Rechnungsjahres bewirkten Steuerabzügen vom Kapitalertrage erhoben werden (vergl. § 10 und §§ 27 bis 30 der Zweiten Steuernotverordnung). Von den Finanzämtern werden allerdings weder die Unterlagen für eine derartige kirchliche Besteuerung zu erlangen sein, noch werden sie sonst bei der Veranlagung in dieser Hinsicht mitwirken können. Wird der Steuerabzug vom Kapitalertrage als dritte Grundlage der Kirchensteuer im Umlagebeschluß herangezogen, so verspricht diese Maßnahme demnach nur dann von Nutzen zu sein, wenn Kirchengemeinden in der Lage sind, selbst derartige Kapitalerträge bei den Kirchensteuerpflichtigen festzustellen.

2. Die Umlageerhebung ist so rechtzeitig vorzubereiten, daß gleichzeitig mit der ersten im Rechnungsjahre 1925 auf die Einkommensteuer zu leistenden Vorauszahlung auch die auf sie entfallende Kirchensteuer erhoben werden kann.

3. Eine Angabe der Gesamtsumme der in Ziffer 1 bezeichneten Maßstabsätze durch die Finanzämter ist wie im Vorjahre unmöglich. Der Hundertsatz der Zuschläge muß daher bis auf weiteres auf Grund eigener gewissenhafter Schätzung und Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse bestimmt werden.

Hinsichtlich des Aufkommens an Reichseinkommensteuer aus der Besteuerung der Vorauszahlungspflichtigen wird zunächst davon ausgegangen werden können, daß dieses Aufkommen im Rechnungsjahre 1925 sich nicht wesentlich von dem des Rechnungsjahres 1924 unterscheiden wird. Hinsichtlich der Lohnsteuerpflichtigen wird sich infolge der Erhöhung der Pauschbeträge eine entsprechend höhere Maßstabsumme als im Vorjahre ergeben.

4. Im Umlagebeschluß ist zu bestimmen, daß die Zuschläge in gleichen Hundertsätzen von den in Ziffer 1 dieser Anweisung bezeichneten Maßstabätzen erhoben werden.

Durch Beschluß der kirchlichen Veranlagungsbehörde ist festzustellen, daß die Hebung der Zuschläge zu den Vorauszahlungen gleichzeitig mit den Vorauszahlungen erfolgt. Ob für die Zuschläge zu den Steuern vom Arbeitslohn von Satz 1 des Absatzes 5 in § 18 des Kirchensteuergesetzes vom 10. März 1906 — Kirchl. Gef.- u. V.-Bl. S. 19 — Gebrauch zu machen ist, bleibt der Beschlußfassung der kirchlichen Veranlagungsbehörde überlassen.

5. Stellt sich im Laufe des Rechnungsjahres heraus, daß der Hundertsatz des Umlagebeschlusses zu niedrig oder zu hoch war, so empfiehlt es sich, in einem neuen Umlagebeschluß einen anderen Hundertsatz mit Wirkung für alle nach Veröffentlichung des neuen Hundertsatzes fälligen Kirchensteuerzahlungen festzusetzen und den früheren Umlagebeschluß mit Wirkung vom gleichen Zeitpunkt ab außer Kraft zu setzen.

6. Die Veröffentlichung des Hundertsatzes gemäß § 18 Absatz 1 des Kirchensteuergesetzes und VI E der Ausführungsanweisung vom 30. März 1906 (Kirchl. Gef.- u. V.-Bl. S. 43 ff.) hat sofort nach Genehmigung des Umlagebeschlusses zu erfolgen.

In der Veröffentlichung sind die Maßstabsätze nach Ziffer 1 dieser Anweisung zu bezeichnen und die Pauschbeträge anzugeben. Ferner ist bekanntzumachen, daß jeder Kirchensteuerpflichtige, der Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer zu leisten hat, gleichzeitig mit jeder Vorauszahlung den auf diese entfallenden Kirchensteuerzuschlag zu entrichten verpflichtet ist. Desgleichen ist in die Veröffentlichung aufzunehmen, daß diese Verpflichtung auch diejenigen Lohnsteuerpflichtigen trifft, die neben ihrem Lohnabzug noch Einkommensteuervorauszahlungen zu leisten haben.

7. Die Veranlagung erfolgt durch die Feststellung, daß der Steuerpflichtige zu den gesamten in Ziffer 1 dieser Anweisung bezeichneten Maßstabsätzen oder (im Falle der §§ 4 bis 7 des Kirchensteuergesetzes) daß er nur zu einem Teile dieser Maßstabsätze Zuschläge in der Höhe des jeweils geltenden Hundertsatzes zu entrichten hat, bei den im Lohnabzugsverfahren Besteuernten auch durch ihre Einreihung in eine der den Pauschbeträgen entsprechenden Gruppen von Kirchensteuerpflichtigen.

8. In allen größeren Kirchengemeinden empfiehlt sich neben der Veröffentlichung (vergl. Ziffer 6) eine besondere Benachrichtigung der Steuerpflichtigen über ihre Veranlagung. Die Benachrichtigung hat die Ergebnisse der Veranlagung zu enthalten und den zur Zeit der Benachrichtigung geltenden Hundertsatz anzugeben, auch mitzuteilen, wie Änderungen dieses Hundertsatzes bekanntgemacht werden. Unterliegt der Steuerpflichtige der Besteuerung im Wege des Lohnabzugsverfahrens, so ist auch der zugrunde gelegte Pauschbetrag sowie der Betrag der zurzeit geltenden Kirchensteuer anzugeben. Endlich sind die erforderlichen Angaben über Ort und Termin der Zahlung zu machen, insbesondere die Angaben oben unter Ziffer 6 Absatz 2 Satz 2.

9. Ob die Einziehung anstatt durch das Finanzamt durch eine kirchliche Hebestelle zu erfolgen hat, bleibt der örtlichen Vereinbarung überlassen. Für die Zuschläge zu den Vorauszahlungen wird eine solche abweichende Vereinbarung in der Regel nicht in Frage kommen.

Die vorstehend genannten Vorauszahlungen und Pauschbeträge bilden zurzeit **die** Staatseinkommensteuer, jetzt (vergl. § 18 des Finanzausgleichsgesetzes) **die** Reichseinkommensteuer, soweit die Einkommensteuer als Maßstab für die Umlegung der Kirchensteuer dient.

Wo in Einzelfällen die Besteuerung nach dem angeordneten Verfahren zu Härten und Unvollkommenheiten führt, hat jede Kirchengemeinde es in der Hand, durch Stundung und Erlaß ausgleichend einzugreifen. Erfolgt die Einziehung oder Beitreibung durch das Finanzamt, so hat die Kirchengemeinde mit dem Finanzamt sich darüber zu verständigen, bis zu welcher Höhe Kirchensteuerbeträge durch das Finanzamt nicht erhoben werden. Die unmittelbare Erhebung solcher kleinen Beträge ist dann Sache der Kirchengemeinden (siehe auch drittlezter Absatz des Entwurfes eines Kirchensteuerbeschlusses in unserer Bekanntmachung vom 3. März 1925 — Kirchl. Ges.- u. B.-Bl. S. 87 —).

Eine ziffernmäßige Feststellung der Steuerschuld des einzelnen für das ganze Rechnungsjahr ist bei den auf die Vorauszahlungen der Einkommensteuer entfallenden Zuschlägen wie im Vorjahre zunächst unmöglich. Kommt es zur Zwangsvollstreckung oder werden gegen die Veranlagung oder Heranziehung Rechtsmittel eingelegt, so wird eine Ergänzung der Veranlagung durch ziffernmäßige Feststellung der Höhe der Steuerschuld im Laufe des Verfahrens notwendig, aber auch unschwer herbeizuführen sein.

Von der im vorgenannten Erlaß des Reichsfinanzministeriums gegebenen Ermächtigung, die Pauschsätze für die Lohnsteuerverpflichtigten den örtlichen Verhältnissen entsprechend anderweitig festzusetzen, muß abgesehen werden, da, wie uns der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mitteilt, für Preußen schon zur Vermeidung von Schwierigkeiten, die sonst bei der Regelung der Pfarrbesoldung notwendig eintreten müßten, Einheitlichkeit der kirchlichen Besteuerungsgrundlage unerläßlich sei.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

In Vertretung:

Nr. C. 996.

D. Dr. Freiherr von Heinke.

Nr. 68. Kirchensteuerpflicht der Mitglieder apostolischer Gemeinden.

Kiel, den 28. März 1925.

Das Preussische Oberverwaltungsgericht hat durch Urteil vom 29. April 1924 für den Bezirk der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen Preußens die Frage der Kirchensteuerpflicht von Angehörigen der apostolischen Gemeinden in bejahendem Sinne entschieden.

Angehörige der apostolischen Gemeinden, die zu den Anhängern des schottischen Geistlichen Eduard Irving zählen, seien als „Evangelische“ anzusehen. Unter „Evangelischen“ seien nicht nur die Angehörigen des lutherischen oder reformierten Bekenntnisses oder der Union zu verstehen, sondern auch die Angehörigen aller Religionsgesellschaften, die sich zu den Grundsätzen der deutschen Reformation, d. h. zu dem sogenannten „Schriftprinzip“ und dem „Heilsprinzip“ bekennen. Das „Schriftprinzip“ setze sowohl für Glauben und Leben der einzelnen Christen als auch für die Gestaltung und Beurteilung der kirchlichen Lehre die alleinige Autorität in den göttlichen Worten der Heiligen Schrift, und das „Heilsprinzip“ erkenne das Heil allein in dem Glauben an das Verdienst Christi. In Ansehung dieser einzig entscheidenden Grundsätze aber stehe die apostolische Gemeinde — ungeachtet ihres sie als „katholisch“ bezeichnenden Namens und ihres der römisch-katholischen Kirche nahestehenden Kultus — ganz auf evangelischem Boden. Demgemäß seien die Angehörigen der katholisch-apostolischen Gemeinde in ihrer evangelischen Wohnsitzkirchengemeinde solange kirchensteuerpflichtig, bis sie in rechtswirksamer Form ihren Austritt aus der Kirche erklärt hätten.

Wir machen auf diese Entscheidung besonders aufmerksam, da sie auf den Begriff der Kirchengemeindemitgliedschaft im Bezirk unserer Landeskirche gleichermaßen anzuwenden sein wird. Denn unsere neue Kirchenverfassung vom 30. September 1922 bestimmt in ihrem Absatz 1: „Gemeindeglieder sind alle getauften evangelischen Christen, die in der Kirchengemeinde ihren Wohnsitz haben, falls sie nicht ihre Zugehörigkeit zur Landeskirche bestreiten und nachweisen, daß sie einer anderen evangelischen Religionsgemeinschaft angehören“.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. C. 591.

D. Dr. Müller.

Nr. 69. Flugblatt des Vorstandes des Syrischen Waisenhauses in Jerusalem.

Kiel, den 10. März 1925.

Der Gesamtauflage dieses Stückes ist ein Flugblatt des Vorstandes des Syrischen Waisenhauses in Jerusalem: „Karfreitagsbitte“ beigelegt, auf welches wir die Herren Geistlichen und die kirchlichen Körperschaften unserer Landeskirche empfehlend hinweisen.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. A. 606.

D. Dr. Müller.

Nr. 70. Berichtigung.

Kiel, den 21. März 1925.

In dem von uns unter dem 17. Februar 1925 — Kirchl. Ges.- u. B.-Bl. S. 65 ff. — bekanntgegebenen Schreiben des Herrn Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses an den Aufwertungsausschuß des Reichstags vom 11. Februar 1925 — K. A. 388 — muß es im vorletzten Absatz anstatt „Mitglieder“ richtig heißen „Gläubiger“.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. C. 978.

D. Dr. Müller.

Nr. 71. Zuschüsse an Kirchengemeinden aus Kapitel 121 Titel 1 und 2 und Kapitel 122a Titel 1 und 1e des Staatshaushalts.

Kiel, den 13. März 1925.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachungen vom 7. April 1924 (Kirchl. Ges.- u. B.-Bl. S. 88) und vom 13. August 1924 (Kirchl. Ges.- u. B.-Bl. S. 295) bringen wir zur allgemeinen Kenntnis, daß die durch Runderlaß vom 19. Mai 1924 (G I 1904, G II) auf vorläufig den halben Betrag (50 %) des katastermäßigen Jahresbetrages von 1914 festgesetzten Zuschüsse mit Wirkung vom 1. April 1924 ab auf 80 % erhöht worden sind.

Zugleich hat der Herr Minister den Herrn Regierungspräsidenten ersucht, die seit dem 1. April 1924 fälligen Zahlungen sofort zu veranlassen und künftig die Jahresbeträge, die rund 20 RM nicht übersteigen, bei Beginn des Rechnungsjahres in einer Summe im voraus zahlen zu lassen.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. C. 539.

D. Dr. Müller.

Nr. 72. Übersicht über die Kollektenerträge

Laufende Nummer	Propstei	Zum Besten der Pflege, Erziehung und Berufsaus- bildung verwai- fter Kinder am 1. Januar 1924		Nothilfe für die evang. Kirche des befetzten Gebietes im Westen am 20. Januar 1924		Zum Besten der schlesw.-holst. Winterhilfe der ev.-luth. Kirche am 3. Febr. 1924		Zum Besten der evangelisch. See- mannsmiffion am 24. Februar 1924	
		M	P	M	P	M	P	M	P
1	Flensburg	172	74	261	01	82	84	87	39
2	Nordangeln	154	69	109	40	98	75	105	82
3	Südtondern	110	67	80	87	83	05	87	26
4	Husum-Bredstedt	144	58	148	82	151	70	105	52
5	Siderstedt	63	40	36	18	33	15	31	79
6	Schleswig	124	50	76	74	89	53	75	47
7	Südangeln	149	61	112	33	155	26	99	21
8	Hütten	110	17	306	92	71	53	84	80
9	Altona	228	62	203	74	218	92	153	24
10	Pinneberg	195	72	173	52	138	42	154	23
11	Ranzau	119	17	46	28	65	28	73	02
12	Münsterdorf	104	03	344	38	82	—	61	54
13	Süderdithmarschen	79	51	161	71	70	87	50	87
14	Norderdithmarschen	98	44	51	09	35	89	32	82
15	Rendsburg	138	13	98	56	118	32	99	68
16	Riel	142	30	110	13	142	27	111	13
17	Neumünster	96	73	69	75	94	75	95	35
18	Segeberg	46	87	263	40	69	87	47	96
19	Stormarn	147	99	144	65	121	38	123	29
20	Plön	72	29	47	39	48	64	62	56
21	Oldenburg	158	53	98	40	101	60	79	95
22	Lauenburg	145	48	381	98	190	40	161	66
	Außerdem von Propst Bade, Apenrade	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe	2804	17	3283	25	2264	42	1984	56

In Lauenburg sind außerdem gesammelt:

1. für die Lauenburgische Bibelgesellschaft: 318,21 RM.
2. „ den Lauenburgischen Gotteskasten: 220,97 „
3. „ die Leipziger Mission: 241,87 „

im Kalenderjahr 1924.

Zum Besten der deutschen Auslands- diaspora am 23. März 1924		Zum Besten der örtlichen kirchlichen Jugend- pflege am 13. April 1924		Ertrag der Kollekte zum Besten der Diakonissenanstalten in Altona und Flensburg am 20. April 1924		Zum Besten des ev.- luth. Gottesdienstam. 29. Mai 1924		Zum Besten des Landesvereins für Innere Mission am 8. u. 9. Juni 1924	
M	℥	M	℥	M	℥	M	℥	M	℥
187	61	275	13	477	77	164	04	318	81
117	95	230	43	725	27	158	69	622	63
130	35	218	92	519	65	123	92	414	42
135	78	329	32	536	67	141	57	572	08
25	63	103	19	181	53	44	83	146	17
86	36	275	47	362	50	99	86	359	04
114	75	328	61	480	64	155	79	428	20
124	—	261	71	341	75	104	32	254	58
209	70	1139	57	502	96	180	86	363	43
175	—	850	—	416	—	162	58	311	—
100	73	193	54	228	01	75	88	206	81
126	02	263	73	357	17	93	76	240	11
54	67	219	97	253	49	78	02	223	69
124	53	162	80	229	84	25	64	152	43
231	29	461	70	445	13	176	55	288	40
154	87	592	06	441	76	111	75	279	95
114	93	343	08	318	30	117	81	226	42
83	03	230	11	194	51	49	56	167	27
112	49	535	77	435	76	105	15	308	87
60	15	187	05	206	67	77	85	196	24
149	15	284	40	427	—	97	05	276	40
203	64	424	36	574	94	224	17	533	17
—	—	—	—	21	10*)	—	—	19	70
2822	63	7910	92	8678	42	2569	65	6909	82

*) Erlös von 30 dänischen Kronen.

(Fortsetzung der

Laufende Nummer	Propstei	Zum Besten des evangel. Bundes am 22. Juni 1924		Zum Besten der evangel. Frauenhilfe am 29. Juni 1924		Zum Besten des Missions- vereins am 6. Juli 1924		Zum Besten der Heiden- mission am 20. Juli 1924	
		M	℥	M	℥	M	℥	M	℥
1	Flensburg	130	12	105	44	57	51	318	73
2	Nordangeln	94	—	152	02	35	04	553	39
3	Südtondern	166	66	99	20	112	94	511	12
4	Husum-Bredstedt	161	85	132	27	23	97	467	66
5	Eiderstedt	44	43	33	15	18	69	169	49
6	Schleswig	106	04	104	10	33	40	192	18
7	Südangeln	191	92	130	74	41	60	349	—
8	Hütten	81	99	72	51	50	83	241	79
9	Altona	202	67	178	58	97	57	213	56
10	Pinneberg	155	—	134	—	58	—	299	—
11	Ranzau	127	22	77	42	120	98	204	85
12	Münsterdorf	99	48	88	05	83	84	181	14
13	Süderdithmarschen	64	42	68	14	46	25	193	82
14	Norderdithmarschen	42	30	40	76	51	94	110	61
15	Rendsburg	126	89	97	90	78	92	233	39
16	Kiel	162	68	182	61	49	04	281	69
17	Neumünster	113	61	60	79	54	78	155	63
18	Segeberg	45	27	59	60	42	20	143	26
19	Stormarn	145	83	129	60	7	59	255	88
20	Plön	82	53	71	83	65	35	109	09
21	Oldenburg	97	31	93	40	49	15	185	59
22	Lauenburg	154	13	172	61	88	55	324	71
	Außerdem von Propst Bade, Apennade	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe	2596	35	2284	72	1268	14	5695	56

vorstehenden Tabelle.)

Zum Besten der Judenmission und des Jerusalemvereins am 24. August 1924		Zum Besten der Brüderanstalt in Riedling am 31. August 1924		Zum Besten der Herbergen zur Heimat am 14. Sept. 1924		Zum Besten der weiblichen Jugendpflege am 28. Sept. 1924		Zum Besten der Notstände in den großen Gemeinden am 5. Oktober 1924	
<i>M</i>	<i>℥</i>	<i>M</i>	<i>℥</i>	<i>M</i>	<i>℥</i>	<i>M</i>	<i>℥</i>	<i>M</i>	<i>℥</i>
142	23	163	86	138	82	139	61	506	85
170	47	142	60	200	72	147	80	459	88
204	16	214	82	146	82	150	10	519	79
179	93	231	87	208	11	184	15	838	80
62	70	127	15	62	07	65	—	202	65
106	75	120	56	128	14	91	61	458	17
180	11	179	15	135	72	133	85	434	57
89	36	128	28	74	44	122	88	468	54
223	59	208	63	260	95	200	04	284	73
164	40	221	12	146	14	238	20	363	91
112	61	88	52	82	51	93	02	311	56
97	03	125	55	102	77	94	12	331	57
77	16	123	97	71	16	76	41	366	31
60	13	56	33	52	24	46	77	233	99
136	67	204	14	98	77	130	29	509	40
155	30	164	66	186	69	156	38	233	76
133	46	107	68	86	99	116	13	355	13
62	11	95	89	76	67	60	21	342	89
115	26	128	22	114	24	107	54	394	68
108	06	101	93	80	64	74	49	269	46
127	80	101	70	89	19	88	40	490	87
203	95	208	08	195	23	197	02	666	07
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2913	24	3244	71	2739	03	2694	02	9043	58

Laufende Nummer	Propstei	Zum Besten bedürftiger ev. Theologie- studierender am 12. Oktober 1924		Zum Besten der evangelischen Auswanderer- mission am 19. Oktober 1924		Zum Besten des Gustav- Adolf-Vereins am 2. Nov. 1924		Zum Besten der Alsterdorfer Anstalten, Ham- burg, am 9. Nov. 1924	
		M	℥	M	℥	M	℥	M	℥
1	Flensburg	213	06	115	97	203	89	173	63
2	Nordangeln	204	61	93	21	243	18	201	94
3	Südtondern	153	25	129	78	196	50	221	33
4	Husum-Bredstedt	187	08	179	86	388	86	229	36
5	Gidderstedt	50	12	38	50	99	72	51	34
6	Schleswig	137	53	102	81	206	65	108	63
7	Südangeln	220	77	152	47	198	03	182	16
8	Hütten	96	69	89	33	155	24	114	95
9	Altona	261	42	187	12	415	—	335	11
10	Pinneberg	155	50	147	—	239	50	164	—
11	Ranzau	95	55	93	03	241	89	138	28
12	Münsterdorf	97	88	60	99	127	77	143	48
13	Süderdithmarschen	88	25	71	17	108	07	119	32
14	Norderdithmarschen	57	64	72	17	63	69	66	83
15	Rendsburg	129	02	109	92	205	67	175	77
16	Riel	191	98	181	89	309	16	203	95
17	Neumünster	123	33	83	20	197	70	140	53
18	Segeberg	76	60	62	40	166	16	64	34
19	Stormarn	110	32	87	28	202	92	97	60
20	Plön	107	23	62	99	162	56	98	74
21	Oldenburg	113	28	65	04	184	42	105	86
22	Lauenburg	249	64	174	53	131	08	217	55
	Außerdem von Propst Bade, Apenrade	—	—	—	—	—	—	—	—
	Summe	3120	75	2360	66	4447	66	3353	70

vorstehenden Tabelle.)

Zum Besten der Bekämpfung der öffentl. Unsitlichkeit am 19. Nov. 1924		Zum Besten der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen am 23. Nov. 1924		Zum Besten der christlichen Liebestätigkeit am 30. Nov. 1924		Zum Besten des Diakonissenhauses „Bethanien“ in Kropp am 14. Dez. 1924		Zum Besten der Missionsgesellschaft in Breklum am 25. Dez. 1924	
M	℥	M	℥	M	℥	M	℥	M	℥
281	43	345	06	153	34	131	60	563	54
331	70	362	28	145	92	151	34	832	65
279	18	517	16	153	87	130	35	702	49
350	35	529	79	197	90	202	29	1138	70
76	29	183	80	43	02	63	17	248	37
200	37	314	25	119	41	156	22	616	11
312	26	368	45	162	08	178	13	661	20
217	02	304	75	96	19	89	93	426	24
586	74	656	98	248	64	213	96	544	—
302	—	449	—	174	—	124	—	829	—
193	75	343	08	80	02	109	18	498	55
219	68	283	09	109	32	138	35	430	68
153	61	338	31	74	49	52	85	433	20
102	40	260	20	57	47	52	36	275	22
275	31	397	74	106	28	133	22	737	82
454	97	700	43	222	77	153	41	587	90
278	49	375	71	103	43	104	07	543	43
139	92	294	43	71	64	44	38	344	33
231	76	371	37	155	98	109	68	453	53
158	19	328	66	82	06	72	97	344	61
208	77	398	77	95	79	89	07	550	12
426	10	518	47	196	94	155	40	748	90
—	—	—	—	—	—	—	—	40 dän. Kronen	—
5780	29	8631	08	2850	56	2655	93	12510	59

Personalien.

Präsentiert: für die Pfarrstelle in Hollingstedt:

1. der Pfarramtskandidat Dr. Graap=Conradsruh,
 2. „ Pastor Richter=Landkirchen auf Fehmarn,
 3. „ Hilfsgeistliche Pastor Blunk=Dwischlag
- und als Ersatzmänner:

1. der Provinzialvikar Pastor Stoldt=Wandsbek,
2. „ Hilfsgeistliche Pastor Brackert=Kiel.

Eingeführt: am 1. März 1925 der Pfarramtskandidat Thedens als Pastor in Pahlen.